



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Robert Brannekämper, Petra Guttenberger, Bernhard Seidenath, Steffen Vogel, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzing, Andreas Schalk, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/8827

Mehr Freiheit und weniger Bürokratie für Wissenschaft, Forschung und Technologie!

Der Landtag begrüßt die Hightech Agenda Deutschland der Bundesregierung. Mit der klaren Fokussierung auf Schlüsseltechnologien wie Raumfahrt, KI, Quantentechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie, Kernfusion sowie klimaneutrale Energie und Mobilität zeigt die Bundesregierung, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat. Die Hightech-Agenda Bayern war die Blaupause hierfür.

Der Landtag stellt fest:

- Ein klares Ziel der neuen Forschungspolitik muss nun sein: Vorfahrt für Forschung.
- Damit Forscherinnen und Forscher in Deutschland unter international konkurrenzfähigen Rahmenbedingungen arbeiten können, muss nun auch die deutsche Forschungslandschaft entbürokratisiert und entschlackt werden.
- Rechtliche und tatsächliche Hindernisse, die der Konkurrenzfähigkeit deutscher Forschung derzeit noch im Wege stehen, sind so schnell wie möglich zu beseitigen.
- Die von der Bundesregierung in ihrer Klausurtagung beschlossene Staatsmodernisierung und der Bürokratieabbau dürfen nicht vor Wissenschaft und Forschung Halt machen, sondern müssen gerade auch diese Bereiche umfassen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die u. a. im Koalitionsvertrag angekündigten Strukturreformen und Maßnahmen für mehr Freiheit und weniger Bürokratie im Sinne Bayerns zu begleiten. Hierzu zählen im Besonderen:

- Innovationsfreiheitsgesetz: Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland verbringen einen Großteil ihrer Arbeitszeit mit dem Formulieren von Anträgen für Drittmittel und können sich in dieser Zeit gerade nicht ihren eigentlichen Aufgaben widmen. Hier müssen Bund und Länder gemeinsam mit den großen Forschungsorganisationen einen Paradigmenwechsel einleiten. Das Ziel muss sein: Mehr Freiraum für exzellente Forschung und schnellere Förderentscheidungen. Eine Entbürokratisierung auf diesem Feld könnte der Wissenschaft in Deutschland neuen Schwung verleihen. Die Masse an Vorschriften, die im Laufe der Jahre auch für Forschung und Wissenschaft angewachsen ist (z. B. Nachweis-, Berichts- und Dokumentationspflichten), ist auf ein Mindestmaß zurückzufahren. Auch Projektmittel müssen künftig flexibler bewirtschaftet werden können. Darüber hinaus sind Bereichsausnahmen für Forschung zu beschließen, unter anderem im Umsatzsteuergesetz und Vergaberecht, um mehr Freiheit für Forschung zu ermöglichen.
- Forschungsdatengesetz: Große Datenmengen sind Voraussetzung zentraler neuer Erkenntnisse in zahlreichen Forschungsfeldern. Gerade in der Coronapandemie musste Deutschland erleben, dass andere europäische Länder bei epidemiologischen Studien Vorreiter waren, weil sie besseren Zugang zu Patientendaten besaßen. Es gibt mittlerweile gute Möglichkeiten, persönliche Daten zu anonymisieren. Die Datennutzung gemäß Bundesdatenschutzgesetz ist zu vereinfachen und ein Forschungsdatengesetz ist zu erarbeiten. Denn Daten sind der Treibstoff für Fortschritt.
- Forschungsinfrastruktur: In Deutschland besteht bei den Hochschul- und Forschungsbauten ein erheblicher Sanierungsbedarf, auch wegen des Alters der Gebäude. Die Schnellbauinitiativen für Hochschulen, Unterstützungen für Unikliniken und Forschungsbauten sollen daher in den nächsten Haushalten des Bundes gebührend abgebildet werden. Beim Sondervermögen für die Infrastruktur sind besonders auch die deutschen Hochschulen, Universitätskliniken sowie Forschungsinfrastrukturen mitzudenken. Damit die Mittel schnell und effizient in die Infrastrukturmaßnahmen fließen können, sind das Bauplanungs- und Umweltrecht radikal zu entschlacken. Denn schnelles Bauen ist gerade im weltweiten Wettbewerb von Forschung und Technologie ein wichtiger Standortfaktor und spart zudem Ressourcen und Steuergeld. Um international nicht ins Hintertreffen zu geraten, sollte Forschung zudem auch steuerlich stärker gefördert werden: Mit einem Forschungsprivileg im Steuerrecht, über das Zuwendungen an Wissenschaft und Forschung steuerlich begünstigt werden, könnten neue Mittel für Forschung und Innovation erschlossen werden. Nur mit bester Forschungsinfrastruktur gewinnen wir den weltweiten Wettlauf um Technologie und Innovation.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident